

# Bericht

## 1. Bürger/innen-Räte in Oberösterreich



Im Rahmen des Projektes  
**„Red` mit – Bürgerinnen und Bürger gestalten das  
Oberösterreichische Landesumweltprogramm“**

Durchgeführt von der SPES Zukunftsakademie Schlierbach

Juli 2013

## **Ergebnisbericht zu den ersten oberösterreichischen Bürger/innen-Räten zur Erstellung des Oö. Landesumweltprogramm 2030**

- Bürger/innen-Rat: 3. – 4. Mai 2013, Maximilian Haus, Attnang-Puchheim,
- Bürger/innen-Rat: 24. – 25. Mai 2013, Kolping Hotel, Linz
- Jugendrat: 7. Juni 2013, Ars Electronica Center, Linz

### **Auftraggeber**

Land Oberösterreich, Landesrat Rudi Anschober

### **Organisation & Umsetzung**

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung

Direktion Umweltschutz

Mag.<sup>a</sup> Christiane Hager-Weißböck

SPES Zukunftsakademie Schlierbach

DI Alexander Hader

Panoramaweg 1

4553 Schlierbach

### **Moderation und Dokumentation**

DI Alexander Hader

DI Peter Jungmeier

DI<sup>in</sup> Eva Seebacher (Jugendrat)

DI<sup>in</sup> Hannah Politor (Jugendrat)

### **Projektlaufzeit**

6. Februar bis 30. Juni 2013

## Inhalt

1. Ausgangssituation und Zielsetzung .....	3
2. Koordination und Prozessschritte .....	5
3. Ergebnisse .....	6
3.1 Stimmungsbilder der Beteiligten .....	6
3.2 Themenfelder des Landesumweltprogramms .....	6
3.3 Themensammlung.....	7
3.4 Themenauswahl .....	8
3.5. Was uns wirklich, wirklich wichtig ist! .....	9

## 1. Ausgangssituation und Zielsetzung

Das Land Oberösterreich erarbeitet mit Fachexpert/innen und Bürger/innenbeteiligung das neue Landesumweltprogramm 2030 (LUPO). Heute stehen wir vor anderen oder neuen Herausforderungen im Umweltbereich, die nächsten Jahre werden entscheidend für unsere zukünftige Umwelt- und damit auch für unsere Lebensqualität sein. Klimawandel, Energiezukunft, Ernährungssicherheit, Ressourcenknappheit sind nur einige dieser Schwerpunkte, die viele Fragen und Bedrohungen aufwerfen.

Gemäß dem Motto „Es geht ums Ganze“ sollen die zukünftigen Herausforderungen des Landes im Rahmen der Umweltagenden definiert und notwendige Weichenstellungen bzw. Festlegungen erarbeitet werden.

### Was soll das LUPO sein?

- Das LUPO 2030 soll uns den Weg in eine nachhaltige Gesellschaft und Wirtschaft weisen. Mehr Wohlstand mit weniger Ressourcenverbrauch als Ziel.
- Es soll Grundlage für ein gutes Leben in Oberösterreich sein, trotz Wirtschafts-, Finanz-, Energiekrise und Klimawandel.
- Es soll ein zentraler Orientierungsgeber für die Menschen, Wirtschaft, Verwaltung und Politik in Oberösterreich sein.

Mit der Erarbeitung des LUPO 2030 wurde beim Umweltkongress 2012 begonnen. Die Umwelt-Direktion des Landes Oberösterreich arbeitet mit Expert/innen an den zentralen Inhalten. Im Rahmen von **drei Bürger/innen-Räten**, davon **ein Jugendbürger-Rat** fließt **die Sicht der Bevölkerung in das LUPO ein**. Die Ergebnisse wurden dem Umweltbeirat des Landes präsentiert. Sowohl Verwaltung als auch Expert/innen beschäftigten sich mit den von den Bürger/innen genannten Ergebnissen und arbeiten diese in das Landesumweltprogramm 2030 ein.

### Warum Bürger/innen-Räte?

Die **Bürger/innen-Räte sind eine einfache und rasche Möglichkeit**, die Bedürfnisse und **Anliegen der Bevölkerung** kennenzulernen. Denn die Ergebnisse des Bürger/innen-Rates spiegeln – aufgrund der Zufallsauswahl – die Anliegen und die Stimmung der Menschen in Oberösterreich wider. Gleichzeitig sollen dadurch die Eigenverantwortung und das Interesse der Bürger/innen an den diskutierten Themen gestärkt werden. **Der Bürger/innen-Rat hat konsultativen Charakter**, das heißt er formuliert Anliegen, Empfehlungen und Wünsche, kann aber vorerst keine Entscheidungen treffen. Der Bürger/innen-Rat ist keine Konkurrenz zu klassischen politischen Gremien, sondern ergänzt diese sinnvoll und ermöglicht „Bodenhaftung“ der Politik.

## Was ist ein Bürger/innen-Rat?

Der Bürger/innen-Rat ist eine neue Form der **Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Politik**. Unter qualitätsvoller Moderation werden mit zufällig ausgewählten Bürger/innen einer Gemeinde oder Region an einem Wochenende Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen ausgearbeitet. **Der Bürger/innen-Rat ist ein unparteiisches Sprachrohr der Bevölkerung** und bringt Politik und Bürger wieder näher zusammen.

## Auswahlverfahren

Beim Bürger/innen-Rat werden nach dem **Zufallsprinzip zehn bis fünfzehn Bürger/innen** eines Ortes, einer Region oder eines Landes ausgewählt, **die an eineinhalb Tagen miteinander arbeiten**. Die TeilnehmerInnen brauchen keinerlei Fachwissen. Beim Bürger/innen-Rat vertreten sie ihre persönliche Meinung. Aufgrund der Zufallsauswahl handelt es sich bei den Teilnehmenden um „normale“ Leute, die über keinerlei spezielles Vorwissen oder spezielle Qualifikationen verfügen. **Sie vertreten keine Interessensgruppen, sondern ihre persönliche Meinung.**

## "Dynamic facilitation"

Moderiert werden Bürger/innen-Räte mit einer speziellen Methode, die „Dynamic facilitation“ genannt wird. Diese berücksichtigt, dass wir Menschen in der Regel sprunghaft und nicht linear denken und dass uns Emotionen und Werte leiten. Dabei lässt sich mit „Dynamic facilitation“ lösungs- und ergebnisorientiert diskutieren.

Am Ende des Bürger/innen-Rats wird das gemeinsame Ergebnis verfasst. Wichtig ist, dass sich die ganze Gruppe in diesem Ergebnis wiederfindet, das in einem zweiten Schritt dem Auftraggeber oder der Öffentlichkeit präsentiert wird.

### Bürger/innen-Räte kurz zusammengefasst

#### Was ist es? – Bürger/innenbeteiligung:

- Eine kleine, repräsentative Gruppe macht innerhalb von 2 Tagen Bedürfnisse der Bevölkerung zum zukünftigen Landesumweltprogramm sichtbar.
- Sie erarbeitet Empfehlungen für die Verantwortungsträger/innen.
- Einstimmigkeit als Voraussetzung.
- Klare Abgrenzung der Bürger/innenbeteiligung (2 Tage Bürger/innen-Rat, Ergebnispräsentation).

#### Warum? – Nutzen:

- Der Bürger/innen-Rat liefert einmalige Impulse aus der Bevölkerung,
- klärt Prioritäten für bekannte Anliegen und
- macht bisher unbekannte Bedürfnisse sichtbar.
- Themen, die Bürger/innen beschäftigen, werden früher wahrgenommen.
- Zeitsparende Form der Bürger/innenbeteiligung.

## 2. Koordination und Prozessschritte

Die zwei landesweiten Bürger/innen-Räte sowie der Jugendrat wurden von der Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft des Landes OÖ und von Landesrat Rudi Anschober in Zusammenarbeit mit der SPES Zukunftsakademie Schlierbach initiiert und durchgeführt.

### **Folgende Prozessschritte wurden gesetzt:**

Die **Vorbereitung** erfolgte seitens der Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft des Landes OÖ, des Büro Landesrat Rudi Anschober und der SPES Zukunftsakademie Schlierbach.

Die **Auswahl der Teilnehmer/innen** erfolgte nach dem Zufallsprinzip. Es wurden aus allen wahlberechtigten Oberösterreicher/innen, aufgeteilt in drei Altersgruppen und Geschlecht, sowie aus urbanen und ländlichen Gebieten rund 2000 Personen angeschrieben.

Im **erweiterten Kernteam** am 18. April 2013 wurde der Fahrplan für die Bürgerbeteiligungsschritte präsentiert und festgelegt.

Im Rahmen einer **Pressekonferenz** am 16. April 2013 wurden die Bürger/innen-Räte angekündigt.

### **Durchführung der Bürger/innen-Räte und des Jugendrates:**

- **Bürger/innen-Rat: 3. – 4. Mai 2013, Maximilian Haus, Attnang-Puchheim,**
- **Bürger/innen-Rat: 24. – 25. Mai 2013, Kolping Hotel, Linz**
- **Jugendrat: 7. Juni 2013, Ars Electronica Center, Linz**

Die Ergebnisse der Bürger/innen-Räte und des Jugendrates wurden bei einer **Pressekonferenz gemeinsam mit zwei delegierten Bürger/innen** am 17. Juni 2013 präsentiert.

Sieben delegierte Bürger/innen-Räte präsentierten die Ergebnisse, Empfehlungen und Wünsche für das Landesumweltprogramm 2030 am 17. Juni 2013 dem **Umweltbeirat des Landes Oberösterreich** und stellten sich anschließend einer Diskussion.

**Reflexionsrunde:** Am 26. Juni wurden **im erweiterten Kernteam** einzelne Themen sowie die Form der Integration der Ergebnisse der Bürger/innen-Räte in das Landesumweltprogramm 2030 besprochen.

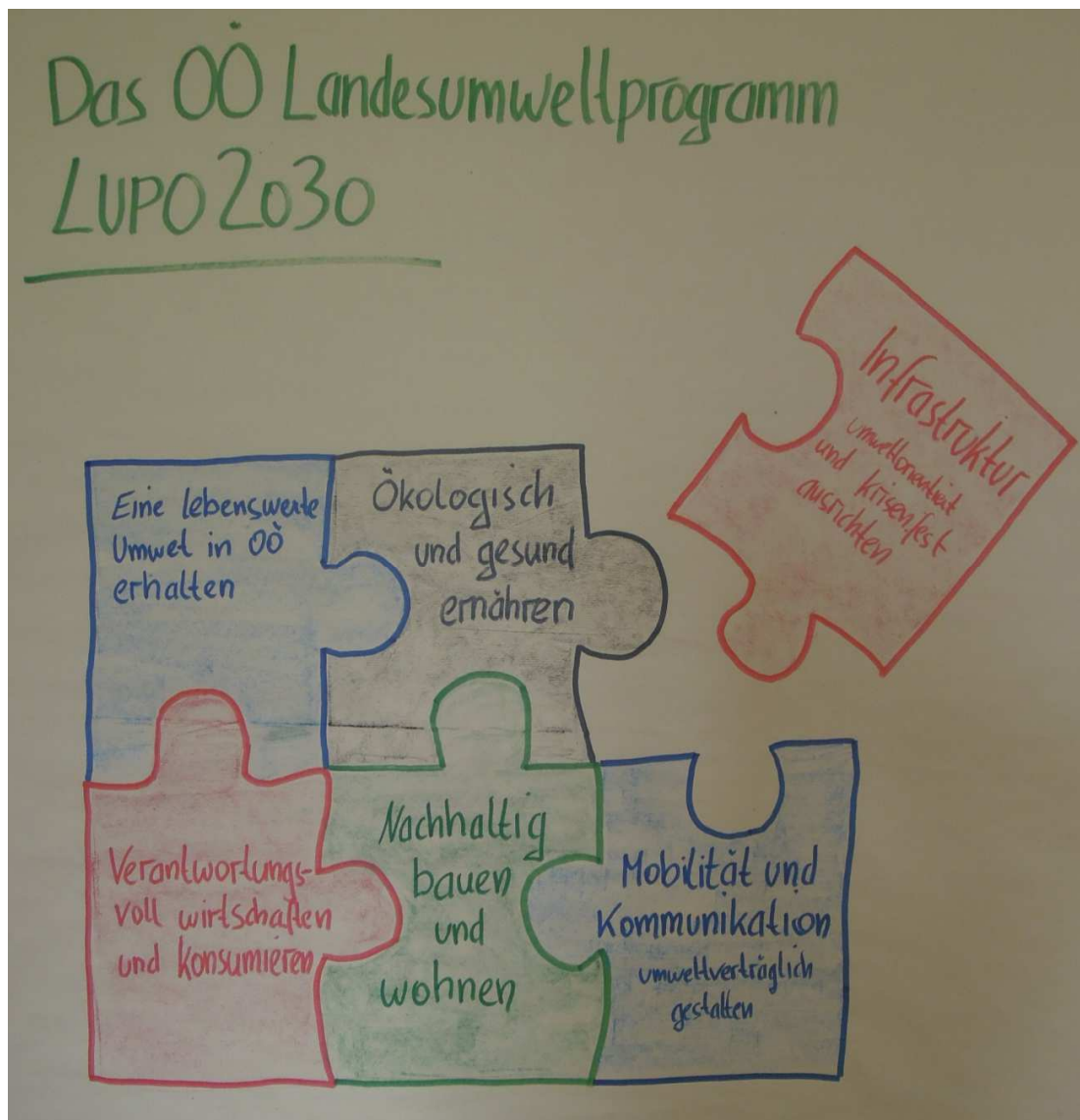
### 3. Ergebnisse

#### 3.1 Stimmungsbilder der Beteiligten

Meinungen über die Einladung: „Ich war überrascht, über die Einladung.“, „Ich habe mich über die Einladung sehr gefreut und es war für mich ganz klar, dass ich da dabei bin.“, „Ich schau mir das mal an.“ „Endlich werden wir ganz konkret in ein politische Thema gefragt und an der Erarbeitung eingebunden.“, „Wenn das Land ruft, dann komme ich.“

#### 3.2 Themenfelder des Landesumweltprogramms

Das Landesumweltprogramm 2030 wird inhaltlich in folgende Themenfelder eingeteilt:



### 3.3 Themensammlung

Zu Beginn der Bürger/innen-Räte wurden Themen gesammelt, die den Teilnehmer/innen im Zusammenhang mit den Themen des Landesumweltprogrammes ein Anliegen war.

Die Fragestellung war: Was bewegt mich? Was ist mir wichtig? Was ärgert mich?

#### Folgende Aussagen wurden dabei getroffen:

- Pro Tag verschwinden 15 – 20 ha Grünland in Österreich. Die Raumordnungspolitik gehört grundsätzlich überarbeitet.
- Muss jeder Ort umfahren werden? Wiederum Verbauung von Flächen und Kulturlandschaft.
- Ausverkauf der Seeufer im Salzkammergut – keine öffentlich zugängliche Strände.
- Landschaft neben der Straße: eine Halle nach der anderen, viel Ackerfläche geht verloren; leerstehende Gebäude werden selten genutzt, stattdessen neue gebaut.
- „Freunderlwirtschaft“ und Prestige gehen oft vor Umwelt und Nachhaltigkeit.
- Unsere Generation darf nicht alle Ressourcen verbrauchen – die Nachfolgegeneration muss auch eine lebenswerte Umwelt haben.
- Weg vom Überfluss – weniger ist mehr.
- Der öffentliche Verkehr ist nicht bedarfsgerecht. Es fehlen z.B. ausreichend Parkplätze bei den Bahnhöfen.
- Nicht nur den motorisierten Individualverkehr (PKW, LKW, Motorrad) sondern auch Rad- und Fußverkehr sowie öffentliche Verkehrsmittel berücksichtigen.
- Der Naturzerstörung Einhalt gebieten.
- Viele Planungen werden dem Tourismus untergeordnet (Skilifte etc.). Wir müssen auch die Folgewirkungen bedenken.
- Das Beschaffungswesen darf sich nicht nur am Preis orientieren. Öffentliche Einrichtungen sollen als Vorbilder wirken.
- Wir produzieren zu viel Verpackungsmüll.
- Qualität der Ernährung und Lebensmittel: Zu viele noch genießbare Lebensmittel werden entsorgt. Generell müssen wir weg von der Wegwerfgesellschaft.
- Ein achtsamer Umgang in der Produktion von Lebensmitteln (biologisch, nachhaltig, umweltschonend etc.) ist wichtig.
- Unser Energieverbrauch ist viel zu hoch. Es gibt viele Einsparungspotentiale – im Großen wie im Kleinen. Wird aber oft auf die Kleinen (den Bürger) abgewälzt.
- Sanierung von Häusern soll einfacher und besser gefördert werden.
- Vertrauen, Gesundheit, Glückseligkeit als Messindikatoren für Lebensqualität, die Zufriedenheit, den Wohlstand eines Volkes. Wohlfahrtsindex und Gemeinwohlbilanz einsetzen.
- Welchen Lebensstil pflegen wir? Nachhaltigen Konsum fördern.
- Vieles wird von Industriebetrieben u.a. diktiert, nicht von der Politik.



### 3.4 Themenauswahl

Die Teilnehmer/innen entschieden durch Bewertung, welche Themen/Fragestellungen ihnen gemeinsam am wichtigsten sind bzw. welche Themen/Fragestellungen im Rahmen der Bürger/innen-Räte ausführlich behandelt werden sollen. Jede dieser Fragestellung wurde durch eine ca. 1,5 stündige moderierte Sitzung bearbeitet. Die Ausgangsfrage veränderte sich dabei sehr oft (siehe Frage nach der Ausgangsfrage in der Klammer). Die einzelnen Ergebnisse können in den Anhängen nachgelesen werden.

#### Folgende Fragestellungen wurden festgelegt:

##### Bürger/innen-Rat 1:

1. Was konkret gehört in der Raumordnungspolitik berücksichtigt?
2. Worin besteht eine wirklich sinnvolle Energiewende? (→ Wie entkommen wir dem Zwang des Wirtschaftswachstums?)
3. Wie können wir erreichen, dass im Wettstreit der Lobbys Information, Transparenz und das Wohlergehen des Einzelnen nicht verloren gehen?
4. Welche Möglichkeiten habe ich, um einen umweltbewussten Lebensstil zu entwickeln?

##### Bürger/innen-Rat 2:

1. Wie können wir unseren Lebensstil erhalten oder verbessern, ohne die Umwelt und unsere Ressourcen aufzubrechen? (→ Wie kann ich mein Leben entschleunigen?)
2. Wie können wir den öffentlichen Verkehr attraktiver und günstiger machen? (→ Welche Raumordnung würde den Verkehr reduzieren statt initiieren?)
3. Wie bleiben wir gesund? (→ Wir brauchen ein anderes Bildungssystem um mündige Bürger zu bekommen.)

##### Jugendrat:

1. Wie kann ich biologische, nachhaltige Konsumgüter für alle leistbar machen?
2. Wie kann man Regionalität fördern?
3. Wie können wir sinnvoll recyceln? Was kann im Vorhinein getan werden, damit Recycling unnötig ist?
4. Erneuerbare Energien – Was ist erneuerbar? Was ist nicht sinnvoll?
5. „Grüne Wirtschaft“ – Wie fördern wir in Betrieben eine nachhaltige Wirtschaftsweise?

### 3.5. Was uns wirklich, wirklich wichtig ist!

Nach intensiven Diskussionsrunden und der Erarbeitung der Problembereiche sowie der Lösungsansätze erarbeiteten die Teilnehmer/innen ihre wichtigsten Punkte, Forderungen und Empfehlungen für das Landesumweltprogramm 2030. Die Überschneidungen bzw. die sechs wichtigsten Lösungsansätze wurden für die Präsentation im Umweltbeirat von den delegierten Bürger/innen erarbeitet.

#### Die sechs wichtigsten Lösungsansätze im Überblick:

**1.**

Das den Bürger/innen wichtigste Thema ist eine nachhaltige **Raumordnung**. Die Teilnehmer/innen fordern einen sparsameren, nachhaltigen Umgang mit Grund und Boden. Eine unabhängige, überregionale Raumordnungskompetenz, die nicht politisch besetzt ist, soll dies in Zukunft gewährleisten (Erstellung eines Masterplans für OÖ). Es müssen dörflichen Strukturen wieder revitalisiert und die Nahversorgung gefördert werden. „Einkaufs- und Fachmarktzentren auf der grünen Wiese haben wir bereits mehr als genug!“, meinten die Teilnehmer/innen übereinstimmend.

**2.**

Mehr **Bildung- und Bewusstseinsbildung für einen nachhaltigen Lebensstil** ist die zweite Forderung der Bürger/innen-Räte. Nicht das Bruttoinlandsprodukt oder die Kaufkraft sind der geeignete Maßstab für unsere Lebensqualität - gesunde Lebensmittel, sauberes Trinkwasser als öffentliches Gut, Zeit für Erziehung, Ehrenamt und politische Partizipation machen ein gutes Leben aus. In den Schulen müssen eine nachhaltige Entwicklung bzw. die Inhalte des Umweltprogrammes in den Lehrplan integriert werden. Aufgabe des Landes Oberösterreich ist die Etablierung politischer Rahmenbedingungen zur Förderung eines nachhaltigen Lebensstils (Anreizsysteme).

### 3.

Die Jugendlichen sprachen sich klar für **Maßnahmen gegen die Obsoleszenz**, also die geplante Kurzlebigkeit von technischen Produkten aus (z.B. Förderung kleinräumiger „Reparaturgenossenschaften“). Weiters fordern sie mehr Maßnahmen zur Förderung von regionalen, umweltschonenden Konsumgütern und Dienstleistungen. Die Idee einer Plattform „Resi – Regionale Such- und Informationsplattform“, die via Internet und Apps den Kunden jederzeit zu nachhaltigen Produkten führt, wurde von den Jugendlichen begeistert ins Leben gerufen.

### 4.

Eine **Stärkung der Basisdemokratie** - zum Beispiel in Form von Bürger/innen-Räten im Vorfeld politischer Entscheidungen - wurde von den Teilnehmer/innen gemeinsam zum Abschluss gefordert. Partizipative Demokratie soll nach dem Vorarlberger Vorbild in der Landesverfassung verankert und die Politik damit wieder bürgernäher werden. Dem Anliegen der Bürger/innen müsste eine Parteienstellung eingeräumt werden.

### 5.

**Transparenz und Kostenwahrheit** bei Produkten und Dienstleistungen sollen verpflichtend sein. Diese Information ist einerseits Voraussetzung für eine verantwortungsbewusste Kaufentscheidung der Konsument/innen, andererseits wird der ökologische und soziale Rucksack von Produkten in den Preis und die Vermarktung integriert (z.B. lange Transportwege, intensiver Ressourcenverbrauch).

Eine **Nachweispflicht für die Unbedenklichkeit für Mensch, Tier und Umwelt** sollte vor der Zulassung neuer Produkte und der Verabschiedung neuer Gesetze und Richtlinien eingeführt werden.

## 6.

**Natürliche Ressourcen** sollen als öffentliches Gut erhalten bleiben.

Konkret wird gefordert, dass Trinkwasser (inkl. dessen Transport) unter keinen Umständen privatisiert werden darf. Seeufer sind im Sinne der Naherholungsqualität für Einheimische und Touristen zugänglich zu machen.

Gesunde Lebensmittel müssen für alle Menschen im Land verfügbar und erschwinglich sein. Bewusstseinsbildende Maßnahmen sollen laufend dazu durchgeführt werden. Öffentliche Einrichtungen (Schulen, Kantinen, Landeseinrichtungen etc.) gehen in der Beschaffung ihrer Lebensmittel mit gutem Beispiel voran.